

# Unser Standpunkt

## EU-Aktionsplan zur Stärkung der Kapitalmarktunion

### Weitervermittlungspflicht von Krediten nicht zielführend

#### Kernforderungen

- Informations- und Transaktionskosten nicht einseitig auf Banken abwälzen
- Keine Fehlanreize zur übermäßigen Risikoübernahme durch Vermittlungspflicht setzen
- Stattdessen KMU-Kredite regulatorisch entlasten

#### In Deutschland besteht kein Engpass bei der KMU-Finanzierung.

Die EU-Kommission überprüft derzeit, ob es sinnvoll ist, Banken zu verpflichten, abgelehnte Kreditanträge an alternative Geldgeber weiterzuvermitteln. Diese Regelung soll für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gelten und verfolgt das Ziel einer verbesserten KMU-Finanzierung. Zahlen der KfW zeigen jedoch, dass kein Engpass bei der Finanzierung von KMU besteht. Die Kreditablehnungsquote liegt in Deutschland bei lediglich zwölf Prozent. Die meisten Kreditablehnungen scheitern nicht an fehlenden Angeboten seitens der Banken. Stattdessen steigt der Anteil der Eigenabsagen von Unternehmen. Dieser Fakt lässt den Rückschluss zu, dass ausreichende Ausweichmöglichkeiten vorhanden sind. Alternative Finanzierungsoptionen stärken schon jetzt die Verhandlungsmacht der Unternehmen bei der Kreditsuche.

**Transaktions- und Informationskosten für die Kreditsuche nicht auf Banken abwälzen.** Banken sind verpflichtet, die Gründe für eine Kreditablehnung zu erläutern. Kunden steht es daraufhin frei, sich andere Finanzierungsquellen zu suchen. Eine verpflichtende Weitervermittlung über eine Plattform durch die ablehnende Bank würde die Transaktions- und Informationskosten für die Kreditsuche einseitig auf die Bank abwälzen. Der damit verbundene Aufwand der Bank steht nicht im Verhältnis zum Nutzen einer Kreditvermittlung. Das zeigt ein Blick auf das „Vorbild“ des EU-Projekts: In Großbritannien, das eine ähnliche Plattform schon 2016 eingeführt hat, werden durchschnittlich von 100 abgelehnten Krediten weniger als 6 Kredite erfolgreich vermittelt.

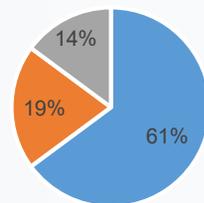
#### Vermittlungspflicht setzt Fehlanreize, höhere Risiken einzugehen.

Kredite werden bankseitig auch deshalb abgelehnt, weil die Kreditwürdigkeit des Schuldners nicht sichergestellt ist. Durch die Vermittlung solcher Ablehnungen entstehen Fehlanreize: Entweder die Bank bewilligt den Kredit, obwohl sie Zweifel an der Schuldentragfähigkeit hat, um keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren. Damit sammelt sie dann selbst risikoreiche Kredite in ihrem Portfolio. Oder sie stellt die Anfrage auf der Plattform ein und öffnet damit das Tor für Finanzanbieter, die auf risikoreiche Kredite setzen, um ihre Rendite zu erhöhen. Den Kunden ist damit nur bedingt geholfen. Statt ihre Kreditwürdigkeit zum Beispiel durch eine nötige Restrukturierung zu verbessern, steigt ihre Überschuldung. Zielführender wäre stattdessen, die EU entlastet regulatorisch die Kreditvergabe für Mittelstandsfinanzierungen, z.B. im Rahmen der Basel-III-Finalisierung.

### Konsultation zum Kreditvermittlungssystem

In ihrem Aktionsplan Kapitalmarktunion vom September 2020 hat die EU-Kommission ein Kreditvermittlungssystem („referral scheme“) als eine mögliche Maßnahme definiert, um die Unternehmensfinanzierung zu unterstützen. Im Frühjahr 2021 setzte sie im Rahmen einer öffentlichen Konsultation ihre Überlegungen fort, wonach Banken abgelehnte Kreditnehmer verpflichtend auf „alternative“ Finanzierungsquellen hinweisen sollen. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in eine Machbarkeitsbewertung einfließen.

### Ausgang von KMU-Kreditverhandlungen: Kein Engpass erkennbar



- Alle Verhandlungen erfolgreich
- Mind. eine Verhandlung scheitert
- Alle Verhandlungen scheitern

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2021

#### Genossenschaftsverband Bayern e. V.

vorstandsstab@gv-bayern.de  
www.gv-bayern.de/positionen

#### Stand: Mai 2022

Der GVB ist im Lobbyregister des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung (R002999), im Bayerischen Lobbyregister (DEBYLT017B) und im Transparenz-Register der EU (215801528562-26) registriert und akzeptiert die damit verbundenen Grundsätze und Verhaltensregeln für die Interessenvertretung.